


Die Linken

## Für die vielen, nicht die wenigen

Woher kommt die Krise der Linken? Sie hat das Mantra der Alternativlosigkeit verinnerlicht.

Von **Oliver Nachtwey**

31. Januar 2018, 16:59 Uhr / Editiert am 4. Februar 2018, 15:08 Uhr / DIE ZEIT Nr. 6/2018, 1. Februar 2018 / [759 Kommentare](#) / 

AUS DER ZEIT NR. 06/2018



*Vorhang zu und alle Fragen offen: Was passiert mit der SPD und ihren Schwesterparteien in Europa? © Sean Gallup/Getty Images*

Es ist tragisch. Der westliche Kapitalismus fiebert und hustet, aber an seinem Krankenbett sitzt kein Arzt, sondern der Lobbyist eines Pharmaunternehmens. Eigentlich eine gute Ausgangssituation für die Linke. Allerdings nur in der Theorie, denn sie ist geschwächt und taumelt. Begonnen hat [die Krise der Linken](#) [<https://www.zeit.de/2018/05/politische-linke-spd-sahra-wagenknecht-oskar-lafontaine-sammlungsbewegung>] schon lange vor der Flüchtlingskrise, sie hat sich mit dem Kapitalismus abgefunden – und ist deshalb zerrissen wie lange nicht mehr.

Vor allem [die Sozialdemokraten stecken im Treibsand](#) [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-09/sozialdemokratie-spd-wahlniederlage-wandel>], jede Bewegung scheint sie nach unten zu ziehen. Falls sie keinen Weg der Erneuerung finden, droht der SPD [<https://www.zeit.de/thema/spd>] das Schicksal ihrer europäischen Schwesterparteien: In Frankreich, Italien, den

Niederlanden oder Griechenland sind sie von der Bedeutungslosigkeit nicht mehr weit entfernt. Die Linkspartei steckt nicht in einer vergleichbaren Existenzkrise, sie hat sich in stabiler Seitenlage behauptet. Aber der Schwung ist weg, die AfD [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-01/alternative-fuer-deutschland-fachausschuesse-bundestag-vorsitz>] hat ihr den Rang als größte Oppositionspartei abgelaufen.

Die Verdrossenheit in der Linkspartei ist so groß, dass jetzt eine neue linke Volkspartei aus den Unzufriedenen aus Linken, SPD und Grünen [<https://www.zeit.de/2018/05/politische-linke-spd-sahra-wagenknecht-oskar-lafontaine-sammlungsbewegung>] ins Spiel gebracht wird. Die Initiative ist in erster Linie Mittel des Machtkampfes innerhalb der Partei, politisch ist sie eher fragwürdig. Denn schließlich ist es gerade das Prinzip Volkspartei, das in der Krise ist. Gerade ihre Grundvoraussetzung, weltanschaulich dünn und vor allem auf die Maximierung von Macht aus zu sein, hat viele Wähler den alten Volksparteien entfremdet. Für sie wäre eine neue linke Sammlungsbewegung keine Alternative.

#### **OLIVER NACHTWEY**

ist Professor für Soziologie  
an der Universität Basel.  
Zuletzt erschien von ihm im  
Suhrkamp Verlag  
*Abstiegsgesellschaft. Über  
das Aufbegehren in der  
regressiven Moderne.*

Wichtiger sind die politischen Ausrichtungen, um die gerade gerungen wird. Hier zeigen sich die Grundprobleme der linken Parteien der letzten Jahrzehnte: Man hat die dialektische Denkweise durch eine dualistische ersetzt. Die realen Widersprüche der Wirklichkeit will man in jeweils eine Richtung auflösen, statt den Widerspruch selbst anzugehen. Auf der einen Seite wollen Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine mit einer

Renationalisierung der Politik [<https://www.zeit.de/video/2016-11/5226444734001>] den Staat gegen den Sog der Globalisierung stärken. Dabei suchen sie der zuckrigen Versuchung des Nationalismus, der derzeit so viele Menschen erliegen, mit dem Surrogat der nationalen und demokratischen Souveränität zu begegnen. In der SPD wirbt Sigmar Gabriel für einen neuen Heimatbegriff. Auf der anderen Seite erstarkt ein libertärer Kosmopolitismus. Seine Anhänger betrachten mit der moralischen Überlegenheit des globalen Humanisten den Sozialstaat und den schmalen Lebensstandard, den die unteren Klassen im reichen Deutschland erreicht haben, in erster Linie als Etabliertenvorrechte gegenüber den Menschen aus dem globalen Süden.

Der Dualismus des linken Denkens zeigt sich auch im Streit um die Identitätspolitik, des Kampfes gegen die Diskriminierung einzelner Gruppen und deren Recht auf Anerkennung. Einige schließen sich der konservativen Erzählung an, die Linke habe die Abgehängten vernachlässigt. Die Kritiker der Identitätspolitik denken in kommunizierenden Röhren, wenn sie fordern, wieder mehr auf die soziale Frage und weniger die Identitätspolitik zu setzen.



Dieser Artikel stammt aus der

ZEIT Nr. 06/2018. Hier können Sie die gesamte Ausgabe lesen.

[<https://premium.zeit.de/abo/diezeit/2018/06>]

Sie vergessen, dass die gesamte Geschichte linker Bewegungen, nicht zuletzt der frühen Arbeiterbewegung, sich um die Frage von Identität, Anerkennung, Autonomie und Würde – und ja, auch Stolz – drehte. Soziale Ungleichheit wurde als Hindernis zur Verwirklichung dieser Ansprüche gedeutet. Das Problem der Identitätspolitik der letzten Jahre lag eben nicht in ihren vermeintlichen Exzessen (Sexismus zum Beispiel ist offensichtlich immer noch ein großes gesellschaftliches Problem), sondern im mangelnden Sinn für vertikale soziale

Ungleichheiten [<https://www.zeit.de/2018/03/gesellschaftlicher-zusammenhalt-europa-studie-wir-und-die-anderen>]. Man kämpfte für die Gleichstellung von Frauen in Aufsichtsräten, aber nicht gegen die schlechten Arbeitsbedingungen von Frauen im Dienstleistungsproletariat.

## Die Linke ist selbst Teil des Establishments geworden

Ihren Ursprung hat die Malaise der Linken aber darin, dass sie die Imagination einer anderen, einer besseren Welt verloren und den Willen, sie zu erreichen, aufgegeben hat. Die Linke hat das neoliberale Mantra, dass es keine Alternative zum globalen Kapitalismus gebe, im Grundsatz verinnerlicht. Deshalb ist sie keine Kraft der Zukunft, keine Treiberin des Fortschritts, keine Energiequelle von Reformanstrengungen mehr. Sie hat kein eigenes Narrativ einer Gesellschaft jenseits von universeller Konkurrenz, grenzenlosem Wachstum, Umweltzerstörung, der Auflösung lokaler Gemeinschaften, in der jede Pore des Lebens zur Ware gemacht wird. Die Linke ist nur noch auf dem Papier, in den Grundsatzprogrammen, antikapitalistisch oder sozialistisch. Sie denkt nicht mehr in gesellschaftlichen Antagonismen. Dadurch ist sie konservativ geworden, sie will den alten, sozial regulierten Kapitalismus möglichst bewahren, obwohl der Strom des sozialen Wandels ihn schon im Innern zu weit aufgelöst hat. Der Zeithorizont ihrer Gestaltungsvorstellungen ist nur noch auf die nahe Zukunft gerichtet, ihre Reformvorstellungen sind nur noch pragmatisch und auf schrittweise Veränderung gerichtet.

Dazu passt, dass die Linke Stück für Stück selbst Teil des Establishments geworden ist. Die Kritik der politischen Herrschaft war lange ein zentrales Motiv der Linken. Aber nun lebt sie ganz gut mit und vom System. Die Kritik am Establishment, die Forderung nach einer grundlegenden Gesellschaftsreform (auch wenn sie regressiv ist), ist mittlerweile das Privileg der Rechten.

Die Linke braucht einen neuen Aufbruch, einen dritten Weg zwischen den falschen Alternativen der Renationalisierung und des humanitären

Kosmopolitismus. Der Konflikt zwischen Nationalstaat und globalem Kapitalismus ist nicht neu. Marx und Engels schrieben bereits im [<https://www.zeit.de/2017/41/christina-morina-die-erfindung-des-marxismus-historikerin>]*Kommunistischen Manifest* [<https://www.zeit.de/2017/41/christina-morina-die-erfindung-des-marxismus-historikerin>]: "Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler." Sie plädierten für einen Weg, der den Konflikt zwar lokal, aber mit der Perspektive internationaler Solidarität führt. So ist ein Kampf um bessere Löhne vor Ort – für Einheimische und neu Hinzugezogene – keine nationale Borniertheit, sondern gerade die Voraussetzung internationaler Solidarität, da sie den Druck aus der internationalen Konkurrenz mildert.

Der Aufbruch könnte in einem erneuerten demokratischen Sozialismus liegen. Jeremy Corbyn ist es gelungen, die Labour Party mit einem Programm eines demokratischen Gemeinwesens, das die wichtigsten Industrien der Daseinsvorsorge wie Wasser, Energie und die Bahn verstaatlicht, zu revitalisieren. Zuvor lag die Partei am Boden. Corbyns Sozialismus ist kein Bürgerschreck [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-10/sozialdemokratie-spd-labour-party-grossbritannien>], im Gegenteil, er trifft die Herzen vieler, vor allem junger Briten. Er überzeugt sie auch in seinen unbequemen Entscheidungen: Am Brexit-Votum, da es nun mal demokratisch gefällt sei, will er nicht rütteln. Und die Momentum-Gruppe, die in der Labour Party für Corbyn die Unterstützung organisiert, hat sich zu einer echten Grassroot-Bewegung entwickelt. Es ist ein demokratischer Populismus, der inklusiv ist: für die vielen, nicht die wenigen.